
Außenwirtschaft

22 USA erhöhen Stahl-Importzölle – China fordert bilaterale Konsultationen

Anfang März kündigten die USA an, die Importzölle für die meisten Stahleinfuhren um bis zu 30% zu erhöhen. Hiervon sollen allerdings Kanada und Mexiko sowie einige Entwicklungsländer nicht betroffen sein. Nicht nur die EU als der größte Lieferant, sondern auch China haben die USA aufgefordert, die Importrestriktionen wieder aufzuheben. Die EU lieferte im letzten Jahr rd. 5,5 Mio. t Stahl in die USA, 1 Mio. t mehr als Kanada und mehr als die drei führenden asiatischen Stahlexporteure Japan, Südkorea und China. (IHT, 6.3.02)

Nach Einschätzung von Analysten führt der Handelsprotektionismus der USA nicht nur zu sinkenden Exporten für China, sondern verschärft auch den Wettbewerb auf dem chinesischen Markt. So werde das Angebot ausländischer Unternehmen, die durch die Restriktionen der USA verdrängt würden, in China weiter zunehmen. Nach Einschätzung von Pitzi Lau, Stahlanalyst bei Salomon Smith Barney in Hongkong, könnten sich die Stahlimporte weiter erhöhen, die im letzten Jahr bereits um 27% auf 12,4 Mio. gestiegen sind.

Analysten gehen davon aus, dass die meisten asiatischen Stahlexportländer keine Vergeltungsmaßnahmen in Form von Importrestriktionen auf dem eigenen Markt verfolgen werden, sondern sich der geplanten EU-Beschwerde bei der WTO anschließen werden. (AWSJ, 7.3.02)

Der chinesische Außenwirtschaftsminister Shi Guangsheng kündigte allerdings an, dass sich China das Recht vorbehält, eine eigene Beschwerde bei der WTO vorzubringen. Das Verhalten der USA sei Handelsprotektionismus und widerspreche den WTO-Regeln. Die Probleme der US-Stahlindustrie seien nicht nur importbedingt, sondern die Folge einer unzureichenden Umstrukturierung des Sektors. (XNA, 13.3.02) Nach MOFTEC-

Angaben soll die chinesische Regierung am 14.3.02 bei der WTO einen Antrag auf bilaterale Konsultationen gestellt und die USA aufgefordert haben, einen Zeitpunkt und Ort für diese Gespräche so schnell wie möglich vorzuschlagen. (BBC PF, 15.3.02)

Das Vorgehen Chinas zeigt, dass sie ihre Rechte als neues Mitglied der WTO kennen und wahrzunehmen wissen. Ob die USA sich von den Klagen der WTO-Mitglieder allerdings zu einer Veränderung ihres Verhaltens bringen lassen, bleibt abzuwarten. Auch ist es im Rahmen der WTO unter bestimmten Bedingungen durchaus erlaubt, den so genannten „safeguard mechanism“ als Notmaßnahme zum Schutz von Industrien einzusetzen, die sich in einer Krise befinden. -schü-

23 Reaktion Chinas auf EU-Importrestriktion chinesischer Lebensmittel

Ende Januar hatte die EU eine Aussetzung von bestimmten Lebensmittelimporten aus China beschlossen. Im Wesentlichen ging es um Fleisch- und Fischprodukte, vor allem um Geflügel, Hasen, Krustentiere, Tierfutter und Honig, die Rückstände von verbotenen Antibiotika aufwiesen. Beispielsweise waren in Shrimps und Krabben Rückstände von Chloramphenol gefunden worden, das seit 1994 für die Nutzung in der Tierzucht in der EU verboten ist. Der Importwert der genannten Produkte betrug im Jahr 2000 327,7 Mio. Euro. Dagegen wurde der Import von Meeres-Fischprodukten (Importwert: 400,4 Mio. Euro) weiter erlaubt. („EU Standing Veterinary Committee Agrees on Suspension of Imports of Animal Origin from China“, Brussels, 26.1.02, in: <http://europa.eu.int/>) Die Importrestriktion soll ab dem 15. März 2002 in Kraft treten.

China hatte im Februar gegen die Importrestriktion protestiert und Gegenmaßnahmen nicht ausgeschlossen. (IFT, 12.2.02; FAZ, 12.2.02) Der EU-Handelskommissar Pascal Lamy wies Ende März auf ihre besonders hohen Lebensmittelstandards der EU hin, die nicht mit Protektionismus gleichgesetzt werden könnten.

Seit März steht die EU mit China in Kontakt wegen der Verbesserung des Veterinärsystems. Allerdings kann eine Lösung noch Monate dauern, so dass die betroffenen Unternehmen in China Verluste hinnehmen müssen. (AWSJ, 28.3.02)

Als Gegenmaßnahme erscheint nun das chinesische Importverbot von Kosmetika aus 18 meist europäischen Ländern. Dies Verbot wurde mit Bedenken vor BSE-Erregern begründet. Die chinesische Seite fordert einen Nachweis, dass in der Kosmetika keine Extrakte von Rinder- und Schaffleisch, insbesondere Innereien, enthalten sind. Nach dem 20.4.02 sollen Kosmetika aus diesen Ländern aus dem Handel genommen werden. (NZZ, 13.3.02) -schü-

24 Mehr Anreize für Auslandsinvestoren

Im April 2002 wird ein neuer Investitionskatalog in Kraft treten, der für 371 Bereiche der Volkswirtschaft die Zugangsmöglichkeiten für ausländische Investoren regelt. Der im März veröffentlichte Katalog (Catalogue for the Guidance of Foreign Investment) wurde vom Staatsrat als Dokument No.346 am 11.2.02 verabschiedet und ersetzt den bisherigen Investitionskatalog für ausländische Unternehmen (Interim Provisions on Guiding Foreign Investment Direction Catalogue).

Ähnlich wie in den bisherigen Investitionsrichtlinien werden die Wirtschaftsbereiche für ausländische Investitionen in geförderte, zugelassene, beschränkte und verbotene Bereiche aufgeteilt. Der Umfang der Bereiche, in denen ausländische Investitionen erlaubt sind, wurde von 186 auf 262 ausgeweitet. Gleichzeitig wurde die Zahl der beschränkten Bereiche von 112 auf 75 reduziert. Zu den 34 Industrie- und Dienstleistungsbereichen, die nach wie vor für ausländische Investoren nicht zugänglich sind, zählen Fernseh- und Radiostationen sowie Beteiligungen in bestimmten Energie-, Rohstoff- und Finanzsegmenten.

Eine Neuerung im Investitionskatalog ist, dass weitgehend die Auflagen für Beteiligungen ausländischer Unternehmen aufgehoben wurden. Auch werden viele Dienstleistungsbereiche, deren Zugang bisher streng reglemen-

tiert war, wie beispielsweise Bankwesen, Versicherungsdienstleistungen, Telekommunikation, Handel, Transport, Tourismus, Rechtswesen und Rechnungswesen in den nächsten Jahren schrittweise geöffnet. Dies war auch eine der zentralen Forderungen der Mitgliedsländer an den WTO-Beitritt Chinas.

Um die Investitionsströme stärker regional in die westchinesischen Provinzen zu lenken, werden dort die Anreize für Investitionen noch stärker verbessert. So sollen die Körperschaftssteuern in Westchina für ausländische Investoren auf 15% bis zum Jahr 2010 eingefroren werden. (NfA, 19.3.02; XNA, 28.2.02; siehe auch *People's Daily* online, 19.3.02 und den Hinweis auf die Präsentation der Investitionsrichtlinien auf der Webseite der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission unter www.sdpc.gov.cn)

Nach Angaben des MOFTEC hat China bis Februar 2002 ein Volumen von kumuliert rd. 401,1 Mrd. US\$ ausländischer Investitionen seit Beginn der Wirtschaftsreform absorbieren können. Die Gesamtzahl der genehmigten Unternehmen mit Auslandskapital beläuft sich auf 393.988, die ein vertraglich festgelegtes Investitionsvolumen von 756,74 Mrd. US\$ aufweisen. Allein in den ersten zwei Monaten d.J. wurden 3.963 Unternehmen genehmigt. Die Auslandsinvestitionen beliefen sich auf vertraglich 11,45 Mrd. US\$ (+24,4% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres), realisiert wurden 5,87 Mrd. US\$ (+28,4%). (XNA, 14.3.02) -schü-

Binnenwirtschaft

25 NVK beschließt Indikativplanung für 2002

Auf der NVK-Tagung wurde von Zeng Peiyan, Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, der Bericht zur Implementierung der Indikativplanung 2001 sowie die Planung für 2002 vorgestellt.

Da die Wirtschaftsdaten für das Jahr 2001 bereits im Wesentlichen bekannt

sind (siehe dazu Schüller, Margot, „China nach dem WTO-Beitritt“, in: C.a., 2002/2), soll an dieser Stelle nur auf die von Zeng hervorgehobenen Probleme der Wirtschaftsentwicklung des Vorjahres eingegangen werden. Im Einzelnen nannte Zeng folgende Probleme:

- Die Grundlage für ein normales Wachstum der Inlandsnachfrage ist noch unzureichend, und Deflationstendenzen sind noch nicht völlig beseitigt.
- Die Einkommen der Bauern und die ländliche Nachfrage wachsen zu langsam; der Anteil der städtischen Bevölkerung mit einem niedrigen Einkommen steigt, und der Druck auf Beschäftigung und Sozialversicherung nimmt zu.
- Gesamtwirtschaftliche Strukturprobleme sind nach wie vor von Bedeutung; die Zunahme der Investitionen für soziale Aufgaben ist zu gering, und in bestimmten Branchen gibt es Probleme durch Duplizität von Investitionsprojekten mit einem niedrigen Niveau.
- Die Reform der Staatsunternehmen muss weiter verstärkt werden.
- Investitionen in wissenschaftliche und technologische Ausbildung und die Fähigkeit zur nachhaltigen Entwicklung müssen erhöht werden.
- Die marktwirtschaftliche Ordnung ist noch mangelhaft, und nach wie vor passieren aufgrund von Mängeln im Sicherheitsbereich schwere Unfälle.

Für das Jahr 2002 setzt die Indikativplanung folgende Entwicklungsvorgaben:

- Anstieg des Wirtschaftswachstums um 7%.
- Zunahme der Anlageinvestitionen um 10%.
- Preiserhöhung um 1-2%.
- Ausweitung der Importe und der Exporte (ohne genaue Angaben).

- Defizit im Staatshaushalt auf unter 309,8 Mrd. Yuan beschränken.
- Zunahme von M1 und M2 um rd. 13%; Geldumlauf nicht höher als 150 Mrd. Yuan.
- Quote der registrierten städtischen Arbeitslosen auf rd. 4,5% beschränken.
- Natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung nicht höher als 0,8%.

Um die Vorgaben der Indikativplanung zu realisieren, müssen Zeng Peiyan zufolge die aktive Finanzpolitik und die stabile Geldpolitik sowie die Anpassung der Wirtschaftsstrukturen und die Reform des Wirtschaftssystems fortgesetzt werden. Im Einzelnen nannte Zeng neun Schwerpunktbereiche, die durch verschiedene Maßnahmen gefördert werden sollen. Auszugsweise werden die wichtigsten Maßnahmen in diesen Bereichen vorgestellt.

(Wiedergabe des Gesamttextes in China Internet Information Center, www.china.org.cn/english/29466.htm, Zugriff 5.4.02.)

1. AGRARSEKTOR/LÄNDLICHE GEBIETE:

- Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung und Ausbau der ländlichen Infrastruktur. Der Anstieg des realen Netto-Pro-Kopf-Einkommens der Bauern soll 4% betragen.
- In Übereinstimmung mit den WTO-Regeln wird das staatliche System der Förderung und des Schutzes des Agrarsektors angepasst.
- Aufbau eines Systems von Qualitätsstandards, Zertifikaten, Überprüfung und Marktinformationen für Agrarprodukte.
- Verstärkter Aufbau der Agrarprodukte verarbeitenden Industrie.
- Unterstützung nationaler Minderheiten durch entwicklungsorientierte Förderung und Ausweitung der Armutsbekämpfungsprogramme. Die Zentralregierung wird hierfür 10,6 Mrd. Yuan bereitstellen.